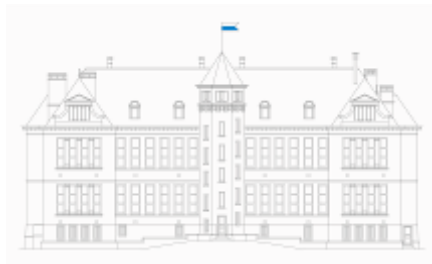


# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

---

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

### **BARROSO HÄLT REFORM DER EUROPÄISCHEN VERTRÄGE FÜR NÖTIG – DETAILS VON REDE AM 12.09.2012 IM EP ZU ERWARTEN**

Kommissionspräsident *Barroso* will die Europäischen Verträge erneuern. Die aktuelle Krise zeige die Grenzen des individuellen Handelns der Mitgliedstaaten auf. Nötig sei mehr institutionelle Integration, was mit mehr Demokratie einhergehen müsse. Vor dem Hintergrund dieser Äußerungen und Berichten, wonach auch Bundeskanzlerin *Merkel* eine rasche Vertragsreform für nötig hält, wird die Rede *Barrosos* zur Lage der Europäischen Union am kommenden Mittwoch, 10.09.2012, im EP mit Spannung erwartet.

### **EUGH-GENERALANWALT: ZWEI EP-PLENARTAGUNGEN IN EINER WOCHE UNZULÄSSIG**

Das EP hatte am 09.03.2011 seine Sitzungskalender für 2012 und 2013 beschlossen und dabei festgelegt, im Oktober jeweils innerhalb einer Woche zwei Plenartagungen abzuhalten. Damit sollte dem Wortlaut von Protokoll Nr. 6 über die Sitze der Organe, wonach „zwölf monatliche Sitzungen“ in Straßburg vorgeschrieben sind, genügt werden. Gegen die Verbindung zweier Plenarsitzungen in einer Woche hat Frankreich Klage zum EuGH erhoben. Diese ist nach Auffassung von Generalanwalt *Mengozzi* begründet. Auch wenn die Verträge die Länge einer Plenartagung nicht ausdrücklich regeln, liege auf der Hand, dass zwei Sitzungen in einer einzigen Woche den Anforderungen nicht genügen. Der EuGH dürfte seine Entscheidung in einigen Monaten verkünden. Bereits in der Woche vom 22. - 26.10.2012 wird die erste Doppel-Plenarwoche in Straßburg stattfinden.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2012-09/cp120110de.pdf>

### **EP: PLENARSAAL IN BRÜSSEL AUS SICHERHEITSGRÜNDEN GESCHLOSSEN**

Der Plenarsaal im EP-Gebäude in Brüssel wurde am 03.09.2012 vorläufig geschlossen, nachdem in drei Holzbalken Risse festgestellt wurden. EP-Generalsekretär *Welle* bezeichnete dies als Vorsichtsmaßnahme. Derzeit ist



die Ursache der Risse offenbar noch unklar. Die Säle für Ausschusssitzungen sind größtenteils nicht von der Schließung betroffen.

### **ERWEITERUNG: GESPRÄCHE ZWISCHEN EU-REPRÄSENTANTEN UND VERTRETERN VON KANDIDATENLÄNDERN**

Im Vorfeld der am 10.10.2012 geplanten Veröffentlichung der jährlichen Fortschrittsberichte der Kommission fanden in den vergangenen Tagen verschiedene bilaterale Gespräche in Brüssel statt.

- *Van Rompuy* und *Füle* drängen Serbien zu Fortschritten mit Kosovo

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ec/132252.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/132252.pdf)

[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/fule/headlines/news/2012/09/20120904\\_3\\_en.htm](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/fule/headlines/news/2012/09/20120904_3_en.htm)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/644&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

- Mazedonien fordert Verhandlungsbeginn

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/644&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

- Albanien hofft auf Kandidatenstatus

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/643&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **WESTERWELLE FÜR NEUES VERFAHREN ZUM SCHUTZ EUROPÄISCHER WERTE**

Bundesaußenminister *Westerwelle* hat vor dem Hintergrund der Entwicklungen der letzten Monate in Rumänien und Ungarn vorgeschlagen, einen neuen Mechanismus einzuführen, mit dem die EU auf Gefahren für die europäischen Werte in einzelnen Mitgliedstaaten reagieren kann. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 06.09.2012 schlägt *Westerwelle* eine „Eskalationsleiter mit Zähnen“ vor, mit der auf Fehlentwicklungen in Mitgliedstaaten reagiert werden könne, ohne eine „europäische Super-Aufsichtsinstanz“ zu schaffen. *Westerwelle* schwebt ein zusätzliches Verfahren vor, in dem die Kommission,



wenn sie Anhaltspunkte sieht, unverzüglich einen Bericht erstellt und den betroffenen Mitgliedstaat zum Handeln auffordert. Sofern dies erfolglos bleibt, solle der Rat geeignete Maßnahmen beschließen.

### **RAMON LUIS VALCÁRCEL SISO ZUM NEUEN ADR-PRÄSIDENTEN GEWÄHLT**

Der Ministerpräsident der spanischen Region Murcia, *Ramon Luis Valcárcel Siso* (EVP), ist am 18.07.2012 zum neuen Präsidenten des Ausschusses der Regionen (AdR) gewählt worden. Er löste die bisherige Präsidentin *Mercedes Bresso* (SPE), Ministerpräsidentin der italienischen Region Piemont, ab, die zur neuen Vizepräsidentin gewählt wurde.

<http://cor.europa.eu/de/news/pr/Pages/valcarcel-elected-president-of-cor.aspx><http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/643&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **NACHBARSCHAFTSPOLITIK: FAHRPLAN FÜR ÖSTLICHE PARTNER- SCHAFT 2013**

Am 23.07.2012 wurde bei einem Treffen von Ministern aus den EU-Staaten und den sechs Nachbarländern, mit denen die EU im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) die sog. Östlichen Partnerschaft gegründet hat (Georgien, Ukraine, Moldawien, Armenien, Aserbaidshan und Weißrussland), ein von der Kommission vorgelegter Fahrplan bis zum nächsten Gipfeltreffen im Herbst 2013 in Vilnius gebilligt. Dadurch soll das Prinzip, wonach die Partnerländer umso mehr Unterstützung erhalten, je mehr Reformen sie unternehmen („more for more“), in die Praxis umgesetzt werden.

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

### **KOMMISSION LEGT STRATEGIE ZUR STEIGERUNG DER ENERGIEEFFIZIENZ VON GEBÄUDEN VOR**

Die Kommission hat am 31.07.2012 eine „Strategie für die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit des Baugewerbes und seiner Unternehmen“ vorgelegt. Die Strategie soll dazu beitragen, die im Rahmen der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden vom 19.05.2010 geforderte Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden besser und einheitlicher umzusetzen. Die Strategie umfasst mehrere Maßnahmen im Bereich energieeffiziente Gebäude-



renovierung und beim öffentlichen Beschaffungswesen. Insbesondere sollen günstige Investitionsbedingungen für die Gebäuderenovierung und -instandhaltung geschaffen werden. Mit der Strategie soll auch die europäische Bauwirtschaft gefördert werden (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).  
Strategie:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0433:FIN:DE:PDF>

### **KOMMISSION STARTET KONSULTATION FÜR MEHR SICHERHEIT IM INTERNET**

Am 23.07.2012 hat die Kommission eine Konsultation für mehr Sicherheit im Internet gestartet. Diese Konsultation ist ein Bestandteil der bereits angekündigten europäischen Strategie für Cybersicherheit (EB 14/12) und soll den Boden für eine Gesetzesinitiative zur Verbesserung der Netzsicherheit bereiten, die die Kommission als Reaktion auf die steigende Anzahl von Cyberangriffen und Internetpannen plant. Bis zum 02.10.2012 haben interessierte Bürger, Unternehmen und Behörden Gelegenheit, ihre Erfahrungen und Vorschläge für eine verbesserte Internetsicherheit der Kommission zu unterbreiten.

Konsultationsformular (Englisch):

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=securitystrategy2>

### **KOMMISSION STELLT AKTIONSPROGRAMM ZUR FÖRDERUNG DER EUROPÄISCHEN SICHERHEITSBRANCHE VOR**

Die Kommission hat am 30.07.2012 ein Aktionsprogramm zur Förderung der europäischen Sicherheitsbranche vorgestellt. Ziel des Vorschlages ist es, einen echten Binnenmarkt für die Sicherheitsindustrie zu schaffen, indem Normen und Zertifizierungsverfahren harmonisiert werden sollen. Letztendlich soll eine einheitliche EU-Marke mit hohem Wiedererkennungswert entstehen (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

### **KOMMISSION SCHLIESST ABKOMMEN ÜBER VISAERLEICHTERUNGEN MIT DER UKRAINE**

Die Kommission hat am 23.07.2012 eine Erweiterung des bestehenden Visaerleichterungsabkommens mit der Ukraine vereinbart. Danach können nun auch insbesondere Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, Journalisten



oder Jugendliche, die zu konkreten Veranstaltungen eingeladen sind, unter erleichterten Bedingungen in die EU einreisen. Geschäftsleute haben zudem die Möglichkeit, Visa für mehrfache Einreisen für einen längeren Zeitraum als bisher zu beantragen. Nächster Schritt soll eine vollständige Visaliberalisierung sein. Das Abkommen ist insbesondere im EP vor dem Hintergrund der Inhaftierung der früheren ukrainischen Ministerpräsidentin *Julia Timoschenko* auf Kritik gestoßen.

### **KOMMISSION LOBT PREIS FÜR KONZEPTE ZUM NACHHALTIGEN STADTVERKEHR AUS**

Die Kommission hat am 03.09.2012 einen Preis für kommunale Mobilitätspläne ausgeschrieben. Damit sollen Kommunen und Regionen ermuntert werden, Leitlinien für eine nachhaltige Gestaltung des Stadtverkehrs zu entwickeln, die eine Verbesserung der Verkehrssicherheit, des Zugangs zu Verkehrsmitteln und der Kosteneffizienz unter gleichzeitiger Verminderung von Luftverschmutzung und Lärmemissionen zum Ziel haben. Der Preis ist Teil einer auf drei Jahre angelegten Kampagne der Kommission für nachhaltigen Stadtverkehr, die am 03.07.2012 gestartet wurde. Zentrales Ziel der Kampagne ist es, die Vorteile der Verbindung verschiedener Verkehrsträger zu fördern.

Informationsplattform und Teilnahmeformular (Englisch):

[www.dotheightmix.eu](http://www.dotheightmix.eu)

### **EUGH: BESTIMMTE FORMEN SCHWERER EINGRIFFE IN DIE GLAUBENS BETÄTIGUNG IN DER ÖFFENTLICHKEIT KÖNNEN EINE VERFOLGUNG WEGEN DER RELIGION DARSTELLEN**

Der EuGH hat in einem Urteil vom 05.09.2012 entschieden, dass zwar nicht jeder Eingriff in das Recht auf Religionsfreiheit eine Verfolgungshandlung darstellt, die zur Zuerkennung des Asylrechts führt. Es kann sich aber eine Verfolgungshandlung bei bestimmten Formen schwerer Eingriffe in das Recht auf Religionsfreiheit ergeben. Bei der Beurteilung dieser Frage muss die zuständige Behörde im Hinblick auf die persönlichen Umstände des Betroffenen prüfen, ob er aufgrund der Ausübung dieser Freiheit in seinem Herkunftsland u. a. tatsächlich Gefahr läuft, verfolgt oder unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung unterworfen zu werden. Dabei ist es unerheblich, ob sich die Verfolgungshandlung auf die Religionsausübung im inneren Kreis (Familie/Nachbarschaft) oder in der Öffentlichkeit bezieht.



Urteil des EuGH:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=126364&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=1116585>

### **EUGH ERKLÄRT BESCHLUSS DES RATES ZUR ERGÄNZUNG DES SCHENGENER GRENZKODEX FÜR NICHTIG**

Der EuGH hat mit Urteil vom 05.09.2012 auf Antrag des EP einen Beschluss des Rates vom 26.04.2010 zur Ergänzung des Schengener Grenzkodex hinsichtlich der Überwachung der Seeaußengrenzen im Rahmen von Frontex-Missionen für nichtig erklärt, da der Rat damit seine ihm durch den Grenzkodex übertragenen Durchführungsbefugnisse überschritten hat. Die in dem Beschluss getroffenen Regelungen stellen nach Ansicht der Richter eine wesentliche Änderung des Grenzkodex dar, da sie politische Beschlüsse voraussetzen, die ein Tätigwerden des Unionsgesetzgebers verlangt. Das Urteil des EuGH ist im EP auf große Zustimmung gestoßen, das sich nun im Streit mit dem Rat um die Rechtsgrundlage der vorgeschlagenen Schengen-Evaluierungsverordnung bestätigt sieht (EB 12/12 sowie 13/12).

Urteil des EuGH:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:62010CJ0355:DE:HTML>

### **ENISA VERÖFFENTLICHT BERICHT ZUR CYBERSICHERHEIT**

Die Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit ENISA hat am 27.08.2012 einen Bericht über Cybersicherheits-Störfälle veröffentlicht. Im ersten Teil werden exemplarisch einzelne Störfälle aufgezeigt und der Schaden dargestellt, der durch diese Vorfälle verursacht worden ist. In einem zweiten Teil wird die Relevanz einer einheitlichen Cybersicherheitsstrategie sowie von Regelungen betont, die in allen Mitgliedstaaten gleichermaßen umgesetzt werden, damit ein einheitliches Schutzniveau und keine digitalen Grenzen entstehen. Im Anschluss daran werden die einzelnen vorgeschlagenen Gesetzesinitiativen der EU auf diesem Gebiet erläutert. In einem dritten Abschnitt wird auf die Verzahnung der einzelnen Initiativen eingegangen, auf Gemeinsamkeiten der „Sicherheitsvorschriften“, aber auch auf Unterschiede der Regelungen.

ENISA-Bericht (Englisch):

<http://www.enisa.europa.eu/activities/Resilience-and-CIIP/Incidents->



[reporting/cyber-incident-reporting-in-the-eu](#)

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

### **KOMMISSION SCHLÄGT NEUES INSTRUMENT GEGEN MEHRWERTSTEUERBETRUG VOR**

Die Kommission hat am 31.07.2012 einen Vorschlag für einen Schnellreaktionsmechanismus angenommen, der den Mitgliedstaaten ermöglichen soll, schneller und wirksamer auf Mehrwertsteuerbetrug zu reagieren. Dieser Mechanismus sieht vor, dass ein Mitgliedstaat, der unvermittelt in großem Umfang von Betrug betroffen ist, auf eine gegenwärtig in den Mehrwertsteuervorschriften nicht vorgesehene Weise bestimmte Notfallmaßnahmen anwenden kann. So sollen die Mitgliedstaaten binnen eines Monats die sogenannte „Reverse-Charge-Regelung“ anwenden können, bei der die Steuer vom Erwerber geschuldet wird und nicht vom Lieferer der Gegenstände oder vom Dienstleistungsempfänger (s. auch Beitrag des StMF in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/taxation/vat/key\\_documents/legislation\\_proposed/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/vat/key_documents/legislation_proposed/index_de.htm)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/868&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **MEHR GEFÄLSCHTE WAREN AN EUROPAS GRENZEN**

An Europas Grenzen werden deutlich mehr gefälschte und oft gesundheitsgefährdende Waren beschlagnahmt. Im letzten Jahr hielten die europäischen Zollbehörden 115 Mio. Artikel im Wert von 1,3 Mrd. € zurück. Das sind 15 % mehr als noch 2010, zeigt ein aktuell vorgestellter Bericht der Kommission. Zu den häufigsten Fälschungen gehören Arzneimittel und Zigaretten. Fast drei Viertel aller Imitate stammten aus China.

Bericht:

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/customs/customs\\_controls/counterfeit\\_piracy/statistics/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/taxation_customs/customs/customs_controls/counterfeit_piracy/statistics/index_de.htm)

Bildmaterial:

<http://ec.europa.eu/avservices/video/player.cfm?ref=I074051>

### **EP: MEHR EFFIZIENZ FÜR DEN EUGH**

Das EP hat am 05.07.2012 nach den informellen Trilogverhandlungen seine





legislative Entschließung zum Verordnungsentwurf zur Änderung des Protokolls über die Satzung des EuGH und ihres Anhangs I angenommen. Danach werden zunächst die internen Abläufe bei den Gerichten gestrafft und das Amt des Vizepräsidenten eingeführt. Die Zahl der Richter wird jedoch (noch) nicht erhöht.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2012-0294&language=DE#title2>

### **LIBOR-SKANDAL: KOMMISSION SCHLÄGT EU-WEITE MASSNAHME ZUR BEKÄMPFUNG VON ZINSMANIPULATIONEN VOR**

Aus Anlass des jüngsten LIBOR-Skandals hat die Kommission am 25.07.2012 Maßnahmen zur Bekämpfung von Marktmanipulationen eingeleitet. Durch die von der Kommission beschlossene Maßnahme wird die Manipulation von Benchmarks (wie den LIBOR oder den EURIBOR) nun offiziell verboten und unter Strafe gestellt. Ergänzend hierzu hat die Kommission am 05.09.2012 eine öffentliche Konsultation gestartet. Während dieser Konsultationen erhalten Interessenvertreter die Möglichkeit, Vorschläge für neue Regelungen für die Erstellung und Nutzung von Indizes, die in Finanzverträgen als Benchmarks dienen, einzubringen und zu bewerten. Die Konsultation dauert bis zum 15.11.2012.

Pressemitteilungen der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/846&format=HTML&language=DE&guiLanguage=de>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/939&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Memo mit Hintergrundinformationen (englisch):

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/595&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Legislativvorschläge der Kommission:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/securities/docs/abuse/20120725\\_regulation\\_proposal\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/securities/docs/abuse/20120725_regulation_proposal_de.pdf)

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/securities/docs/abuse/20120725\\_directive\\_proposal\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/securities/docs/abuse/20120725_directive_proposal_de.pdf)



Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

### **NEUES EZB-PROGRAMM ZUM AUFKAUF VON STAATSANLEIHEN AUF DEN SEKUNDÄRMÄRKTEN**

Der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), *Mario Draghi*, hat am 06.09.2012 Details eines neuen EZB-Programms zum Aufkauf von Staatsanleihen auf den Sekundärmärkten bekannt gegeben. Notwendige Bedingung dafür, dass die EZB auf den Sekundärmärkten für Staatsanleihen tätig werden kann, ist, dass der betreffende Mitgliedstaat Finanzhilfen aus den Rettungsschirmen EFSF bzw. ESM beantragt und sich einem EFSF/ESM-Programm unterwirft, das mit strikten und effektiven Auflagen verbunden ist. Dabei kann es sich um ein umfassendes Anpassungsprogramm handeln, wie es derzeit Griechenland, Portugal und Irland haben, oder auch um ein vorsorgliches Programm mit Kreditlinien. Voraussetzung ist zudem, dass die Programme die Möglichkeit für EFSF/ESM vorsehen, Staatsanleihen an den Primärmärkten, also gleich bei Ausgabe durch die Mitgliedstaaten, aufzukaufen. Anleihekäufe könnten also koordiniert stattfinden: EFSF/ESM kaufen Staatsanleihen direkt von den Mitgliedstaaten (Primärmarkt), die EZB erwirbt Staatsanleihen auf den Sekundärmärkten (bereits auf dem Markt befindliche Anleihen, die von anderen Investoren abgestoßen werden). Es gibt kein vorab festgelegtes Limit für die Sekundärmarktaufkäufe, so dass die Interventionen der EZB betragsmäßig unbegrenzt möglich sind. Die Anleihekäufe werden durchgeführt, soweit sie unter geldpolitischen Aspekten notwendig sind und solange der betreffende Mitgliedstaat die mit seinem Anpassungsprogramm verbundenen Auflagen einhält. Inflationäre Risiken sollen dadurch eingeschränkt werden, dass die EZB die zusätzliche Liquidität, die durch die Sekundärmarktinterventionen geschaffen wird, an anderer Stelle dem Geldkreislauf wieder entzieht.

### **EUROGRUPPE VERABSCHIEDET RETTUNGSPAKET FÜR SPANIEN**

Die Eurogruppe hat am 20.07.2012 im Rahmen einer Telefonschaltkonferenz das Rettungspaket für Spanien verabschiedet. Es beschränkt sich auf Finanzhilfen zur Rekapitalisierung des spanischen Bankensektors. Die Finanzhilfen werden an den staatlichen Bankenrettungsfonds F.R.O.B ausbezahlt. Dieser wird dem spanischen Staat zugerechnet, so dass der spanische Staat für die Finanzhilfen haftet. Der genaue Betrag der Finanzhilfen steht noch nicht fest. Die Eurogruppe hat bisher nur eine Obergrenze von 100 Mrd. € festgelegt. Die Auflagen beschränken sich auf den spanischen Bankensektor. Spanien unter-



liegt also, anders als Griechenland, Irland und Portugal, keinem umfassenden Anpassungsprogramm.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/131914.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/131914.pdf)

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/eu/countries/pdf/mou\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/eu/countries/pdf/mou_en.pdf)

[http://www.efsf.europa.eu/attachments/efsf\\_spain\\_ffa.pdf](http://www.efsf.europa.eu/attachments/efsf_spain_ffa.pdf)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/849&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

### **VERHANDLUNGEN ÜBER DEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN 2014 BIS 2020 IM RAT FÜR ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN**

Zentrales Diskussionsthema des Rates für Allgemeine Angelegenheiten am 24.07.2012 war der aktualisierte Kommissionsvorschlag zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen vom 06.07.2012 (EB 14/12). Deutschland, das Vereinigte Königreich, Schweden, die Niederlande, Finnland, Dänemark, Österreich und Tschechien vertraten die Auffassung, der von der Kommission vorgeschlagene Mittelanstieg gehe mit Blick auf die verschlechterten Wirtschaftsprognosen in die falsche Richtung. Die zyprische Ratspräsidentschaft machte in einem für das informelle Treffen der Europaminister am 30.08.2012 auf der Grundlage von bilateralen Gesprächen mit den Mitgliedstaaten erstellten Papier (sog. „issues paper“) sehr deutlich, dass das von der Kommission vorgeschlagene Ausgabenniveau reduziert werden müsse. Andernfalls könne keine Einigung über den Finanzrahmen erzielt werden. Aus Sicht der Ratspräsidentschaft sollen alle Rubriken einen Beitrag zu den Kürzungsbemühungen leisten. Am 22./23.11.2012 wird es einen Sondergipfel des ER zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen geben. Die Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen sollen bis Ende 2012 zum Abschluss gebracht werden.

<http://www.cy2012.eu/index.php/en/file/t4OXQzwQKPz2nxXo9+AUZw==>

### **POSITION DES RATES ZUM EU-HAUSHALT 2013**

Der Rat hat am 24.07.2012 seine Position zum EU-Haushalt 2013 angenommen. Die Entscheidung wurde ohne Aussprache getroffen, da sich der Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) bereits am 11.07.2012 geeinigt hatte (EB 14/12). Aus Sicht des Rates sollen die Zahlungsermächtigungen gegenüber 2012 lediglich um 2,79 % auf 132,7 Mrd. € (0,99 % des BNE) steigen, die



Verpflichtungsermächtigungen um 1,27 % auf 149,78 Mrd. € (1,12 % des BNE). Die Kommission hatte demgegenüber am 25.04.2012 vorgeschlagen, die Zahlungsermächtigungen um 6,8 % auf 137,9 Mrd. € (1,03 % des BNE) und die Verpflichtungsermächtigungen um 2 % auf 150,9 Mrd. € (1,13 % des BNE) zu erhöhen. Das EP wird seine Position zum EU-Haushalt 2013 voraussichtlich im Oktober festlegen.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/131690.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/131690.pdf)

### **ABSCHLUSS DES BEIHILFEVERFAHRENS DER BAYERISCHEN LANDESBANK**

Die Kommission hat am 25.07.2012 das Beihilfeverfahren der Bayerischen Landesbank formal abgeschlossen. Die vom Freistaat Bayern vorgenommene Kapitalzuführung in Höhe von 10 Mrd. €, der vom Freistaat gewährte Risikoschirm für forderungsbesicherte Wertpapiere in Höhe von 4,8 Mrd. € und Liquiditätsgarantien aus dem Finanzmarktstabilisierungsfonds SoFFin wurden nach den EU-Beihilfavorschriften genehmigt. Bedingung ist jedoch, dass die Bayerische Landesbank in den nächsten sieben Jahren staatliche Beihilfen in Höhe von 5 Mrd. € zurückzahlt (s. auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/847&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

### **KOMMISSION SCHLÄGT NEUES INSTRUMENT ZUR SCHNELLEN REAKTION AUF MEHRWERTSTEUERBETRUG VOR**

Am 31.07.2012 hat die Kommission einen Richtlinienvorschlag für einen Schnellreaktionsmechanismus zur Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug vorgelegt. Dieser Mechanismus soll Mitgliedstaaten, die in großem Umfang von Mehrwertsteuerbetrug betroffen sind, im Schnellverfahren Notfallmaßnahmen ermöglichen, die bisher in den Mehrwertsteuer-Vorschriften nicht vorgesehen sind. Als Notfallmaßnahme ist zunächst nur die sog. „Reverse-Charge-Regelung“ benannt. Durch die damit verbundene Verlagerung der Steuerschuldnerschaft vom Lieferer auf dem Leistungsempfänger wird das Risiko von sog. Mehrwertsteuerkarussellgeschäften minimiert. Grundsätzlich sind auch andere Notfallmaßnahmen möglich. Diese müsste der Rat aber vorab einstimmig festlegen (s. auch Beitrag des StMJV in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/resources/documents/taxation/vat/key\\_d](http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/vat/key_d)



[ocuments/legislation\\_proposed/com\(2012\)428\\_de.pdf](#)  
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/609&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **KOMMISSION LEITET KONSULTATION ZU STEUERLICHEN HINDERNISSEN FÜR GRENZÜBERSCHREITENDE RISIKOKAPITALINVESTITIONEN EIN**

Die Kommission hat am 03.08.2012 eine öffentliche Konsultation zu steuerlichen Hindernissen für grenzüberschreitende Risikokapitalinvestitionen, eine wichtige Finanzierungsquelle für innovative kleine und mittlere Unternehmen (KMU), eingeleitet. Aufgrund der unterschiedlichen Steuersysteme der Mitgliedstaaten kommt es aus Sicht der Kommission im Bereich der direkten Steuern zu Doppelbesteuerung, Rechtsunsicherheit und verwaltungstechnischen Hindernissen bei grenzüberschreitenden Risikokapitalinvestitionen. Die Kommission erhofft sich von der Konsultation nähere Erkenntnisse darüber, durch welche steuerrechtlichen Änderungen bestehende Hindernisse für grenzüberschreitende Risikokapitalinvestitionen beseitigt werden können. Die Konsultation läuft bis 05.11.2012.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/881&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>  
[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/common/consultations/tax/2012\\_venture\\_capital\\_de.htm](http://ec.europa.eu/taxation_customs/common/consultations/tax/2012_venture_capital_de.htm)

### **JAHRESBERICHT 2011 ÜBER DEN SCHUTZ DER FINANZIELLEN INTERESSEN DER EU**

Die Kommission hat am 19.07.2012 ihren Jahresbericht über den Schutz der finanziellen Interessen der EU veröffentlicht. Im Jahr 2011 wurden insgesamt 1.230 betrügerische Handlungen gemeldet. Dies entspricht einem Rückgang um etwa 35 % gegenüber 2010. Das geschätzte Schadensvolumen der Betrugsfälle belief sich auf insgesamt 404 Mrd. € und ging damit gegenüber 2010 um rund 37 % zurück. Die Zahl der sonstigen Unregelmäßigkeiten ging um 17 % auf 10.974 zurück, das daraus resultierende Schadensvolumen um gut 5 % auf knapp 1,5 Mrd. €.

[http://ec.europa.eu/anti\\_fraud/documents/reports-commission/2011/report\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/anti_fraud/documents/reports-commission/2011/report_de.pdf)



## **KONSULTATION DER KOMMISSION ZUM RECHTSRAHMEN FÜR INVESTMENTFONDS**

Die Kommission hat am 26.07.2012 eine Konsultation zum künftigen Rechtsrahmen für Investmentfonds eingeleitet, die das im März vorgestellte Grünbuch zum Schattenbankwesen (EB 06/12) ergänzen soll. Schwerpunkte der Konsultation bilden die Möglichkeiten für die Regulierung von Geldmarktfonds, Wertpapierverleih- und Rückkaufsvereinbarungen (Repogeschäfte) und Investitionen von Fonds in bestimmte außerbörslich gehandelte Derivate (OTC-Derivate). Stellungnahmen sind bis zum 18.10.2012 möglich (s. auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/853&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

## **VERHANDLUNGEN ÜBER DEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN IM RAT FÜR ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN**

Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten hat sich am 24.07.2012 erneut mit dem nächsten mehrjährigen Finanzrahmen für 2014 - 2020 befasst. Zentrales Diskussionsthema war der von der Kommission am 06.07.2012 vorgelegte aktualisierte Vorschlag mit gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag leicht erhöhten Mittelansätzen. Für ein informelles Treffen der Europaminister am 30.08.2012 in Nikosia hat die zyprische Ratspräsidentschaft ein Papier (sog. „issues paper“) erstellt, in dem sie auf der Grundlage der bilateralen Gespräche mit den Mitgliedstaaten im Juli 2012 einige Leitlinien für die weiteren Verhandlungen aufzeigt. Sie macht darin sehr deutlich, dass das von der Kommission vorgeschlagene Ausgabenniveau für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen einschließlich der vorgeschlagenen Instrumente außerhalb des Finanzrahmens reduziert werden müsse. Andernfalls könne keine Einigung über den Finanzrahmen erzielt werden. Aus Sicht der Ratspräsidentschaft sollen alle Rubriken einen Beitrag zu den Kürzungsbemühungen leisten. Die „Connecting Europe-Fazilität“ habe eine strategische Bedeutung, wobei die Bereiche Verkehr und Energie in den Gesprächen mit den Mitgliedstaaten mehr Unterstützung erfahren hätten als der Bereich Telekommunikation. Im Bereich der Kohäsionspolitik (Teilrubrik 1b: „Wirtschaftlicher, sozialer und terri-



torialer Zusammenhalt“) soll vor allem bei den sog. „Übergangsregionen“ und den „weiter entwickelten Regionen“ gespart werden. Die Mittel sollen auf die weniger entwickelten Regionen konzentriert werden. Am 22./23.11.2012 wird ein Sondergipfel des ER zum mehrjährigen Finanzrahmen tagen (s. dazu den Beitrag des StMF in diesem EB).

<http://www.cy2012.eu/index.php/en/file/t4OXQzwQKPz2nxXo9+AUZw>

### **STRATEGIE FÜR EINE BESSERE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DER BAUWIRTSCHAFT**

Die Kommission hat am 31.07.2012 eine Strategie für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Bauwirtschaft vorgelegt. Sie identifiziert darin verschiedene Schwächen des Sektors und will ihnen mit einer Vielzahl von Maßnahmen in fünf verschiedenen Bereichen begegnen. Einen zentralen Schub soll dabei vor allem der Bedarf an energetischen Sanierungen und an Niedrigenergiehäusern auslösen, die sich bisher am Markt nicht ausreichend durchgesetzt hätten. Zu den Handlungsfeldern zählt die Verbesserung der europaweiten Investitionsbedingungen, wozu die Kommission insbesondere auf die Mittel der Europäischen Investitionsbank und auf die zukünftige Strukturförderperiode verweist. Weitere Initiativen kündigt die Kommission im Hinblick auf die Verbesserung der Ausbildung von Arbeitskräften, die bessere gegenseitige Anerkennung von Standards und die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsposition der europäischen Bauwirtschaft an. Ein hochrangiges Forum aus Staaten- und Branchenvertretern soll die Durchführung der Strategie beaufsichtigen und Empfehlungen über etwaige Neuausrichtungen oder neue Initiativen aussprechen (s. auch Beitrag des StMI in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/869&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **AKTIONSPLAN FÜR GEMEINSAMEN BINNENMARKT IN DER SICHERHEITSBRANCHE**

Die Kommission hat am 30.07.2012 einen Aktionsplan zur Förderung der europäischen Sicherheitsindustrie vorgelegt. Mit verschiedenen Maßnahmen will die Kommission die diagnostizierte Marktzersplitterung in der EU überwinden und einen „echten“ Binnenmarkt schaffen. Andernfalls drohe die momentan in Teilbereichen noch führende europäische Sicherheitsindustrie global den An-



schluss zu verlieren. Nachfrage und somit Märkte sieht die Kommission künftig vor allem in Schwellenländern. Zentrale Handlungsfelder des Aktionsplans sind Normen und Zertifizierungsverfahren sowie eine bessere Verknüpfung der europäischen Akteure im Rahmen von EU-geförderten Forschungsaktivitäten, um die Lücke zwischen Forschung und Markt zu schließen. Eine neue Sachverständigengruppe, in der alle maßgeblichen Akteure des Sicherheitsbereichs vertreten sind, soll die angekündigten Maßnahmen verfolgen und überprüfen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/863&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **KOMMISSION WILL ZEITPLAN DER VERSTEIGERUNG VON EMISSIONSZERTIFIKATEN ÄNDERN**

Die Kommission hat am 25.07.2012 einen Vorschlag zur Änderung der RL 2003/87/EG über das Handelssystem für Treibhausgasemissionszertifikate (ETS) vorgelegt. Sie möchte damit die Befugnis erhalten, den zeitlichen Ablauf der Versteigerungen von Emissionszertifikaten in der dritten ETS-Handelsperiode 2013 - 2020 bei außergewöhnlichen Umständen anzupassen. Da sie in den aktuell niedrigen Zertifikatspreisen eine Gefahr für das Funktionieren des ETS sieht, liegen solche außergewöhnlichen Umstände nach Ansicht der Kommission vor. Sie möchte das Angebot an Zertifikaten daher durch eine Verringerung der Ausgabemenge in den Jahren 2013 bis 2015 verknappen und so eine Preissteigerung herbeiführen. Die Zertifikate sollen dafür in den Folgejahren bis 2020 nachträglich wieder auf den Markt gebracht werden (temporäre Zurückhaltung, sog. „Backloading“). Dies würde mit einer entsprechenden Änderung der Auktionenverordnung (EU) Nr. 1031/2010, einem Durchführungsrechtsakt zur ETS-Richtlinie, umgesetzt werden, wofür sie am selben Tag ebenfalls einen – noch groben – Entwurf vorlegte. Er ist Gegenstand einer öffentlichen Konsultation, die noch bis zum 03.10.2012 läuft.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/850&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **VERBOT DER HERKÖMMLICHEN GLÜHBIRNE IN KRAFT GETRETEN**

Am 01.09.2012 ist das endgültige Verbot der herkömmlichen Glühbirne aufgrund der entsprechenden Durchführungsverordnung (EG) Nr. 244/2009 zur europäischen Ökodesign-Richtlinie 2009/125/EG in Kraft getreten. Die Durchführungsverordnung betrifft Glühlampen und ihre energieeffizienteren Alternativen.





tiven und sieht für die klassische Glühbirne einen zeitlich abgestuften Auslaufplan gemäß ihrer Energieeffizienz und Wattzahl vor. Während die Energieeffizienzanforderungen seit September 2009 in Jahresabständen ein Herstellungs- und Vertriebsverbot der 100-, 75- bzw. 60-Wattbirnen zur Folge hatte, sind nun sämtliche Glühbirnen hiervon betroffen. Bereits auf dem Markt befindliche Produkte dürfen allerdings weiter verkauft werden.

[http://ec.europa.eu/energy/lumen/professional/legislation/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/energy/lumen/professional/legislation/index_de.htm) .

### **KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZU PKW-MAUT**

Seit dem 10.08.2012 führt die Kommission eine Konsultation zur Erhebung von Straßenbenutzungsgebühren für Privatfahrzeuge durch die Mitgliedstaaten durch. Die Konsultation schließt sich an die Vorlage von Leitlinien zum bestehenden europarechtlichen Rechtsrahmen (insb. Nichtdiskriminierungsgrundsatz) vom Mai 2012 an (EB 10/12). Die Ergebnisse der bis zum 04.11.2012 laufenden Konsultation sollen in eine mögliche für 2013 geplante Initiative zur Erhebung von Straßennutzungsgebühren einfließen.

[http://ec.europa.eu/transport/road/consultations/2012-11-04-roadcharging\\_en.htm](http://ec.europa.eu/transport/road/consultations/2012-11-04-roadcharging_en.htm)

### **KOMMISSION GENEHMIGT BEIHILFEN FÜR BAYERNLB**

Am 25.07.2012 hat die Kommission den Umstrukturierungsplan für die BayernLB genehmigt und damit die verschiedenen Beihilfemaßnahmen zu Gunsten der Bank endgültig abgesegnet (Verfahren SA. 28487). Dabei ging es im Wesentlichen um eine Kapitalzuführung in Höhe von 10 Mrd. €, eine Risikoabsicherung von 4,8 Mrd. € und bestimmte Liquiditätsgarantien. Die Kommission erlegte dem Institut jedoch eine Rückzahlung von 5 Mrd. € innerhalb der nächsten sieben Jahre auf. Gemäß dem Umstrukturierungsplan muss die Bilanzsumme im Vergleich zu 2008 zudem um die Hälfte reduziert werden. Nur unter diesen Voraussetzungen sieht die Kommission die langfristige Lebensfähigkeit der Bank als gegeben und die Beihilfe – sowie die damit verursachte Wettbewerbsverzerrung – als auf das unbedingt erforderliche Maß begrenzt an (s. auch Beitrag des StMF in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/847&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



### **KONSULTATIONEN ZUM EU-BEIHILFENRECHT: DE-MINIMIS-VERORDNUNG, UMWELTLEITLINIEN**

Die Kommission hat weitere Konsultationen im Rahmen der Reform des Beihilfenrechts eingeleitet: Bis 18.10.2012 können sich Behörden und Private zu den Erfahrungen im Umgang mit der bisherigen De-Minimis-Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 äußern, wobei es zentral um die Frage geht, ob der bisherige De-Minimis-Schwellenwert von 200.000 € angehoben werden soll. Wenige Tage später begann eine bis zum 23.10.2012 laufende Konsultation zur Überarbeitung des Beihilferahmens für Umweltschutzbeihilfen. Die entsprechenden Internetseiten der Konsultationen sind in beiden Fällen auch auf Deutsch verfügbar.

[http://ec.europa.eu/competition/consultations/2012\\_de\\_minimis/index\\_de.html](http://ec.europa.eu/competition/consultations/2012_de_minimis/index_de.html)

[http://ec.europa.eu/competition/consultations/2012\\_state\\_aid\\_environment/index\\_de.html](http://ec.europa.eu/competition/consultations/2012_state_aid_environment/index_de.html)

### **ÜBERNAHME DER VERMÖGENSWERTE DER PETROPLUS GESELLSCHAFTEN DURCH GUNVOR GENEHMIGT**

Die Kommission hat am 06.08.2012 bekannt gegeben, dass sie der Übernahme der Vermögenswerte der insolventen Gesellschaften Petroplus Raffinerie Ingolstadt GmbH, Petroplus Deutschland GmbH und Petroplus Bayern GmbH durch den Ölhandelskonzern Gunvor mit Sitz auf Zypern zugestimmt hat. Die Prüfung erfolgte auf Grundlage der Fusionskontrollverordnung (EG) Nr. 139/2004 im vereinfachten Verfahren, die Entscheidung datiert vom 03.08.2012 (Verfahren COMP/M.6656).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEX/12/0806&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

[http://ec.europa.eu/competition/mergers/cases/decisions/m6656\\_20120803\\_20310\\_2573316\\_EN.pdf](http://ec.europa.eu/competition/mergers/cases/decisions/m6656_20120803_20310_2573316_EN.pdf)

### **KARTELLRECHTLICHES PRÜFVERFAHREN GEGEN GAZPROM**

Die Kommission hat bekannt gegeben, dass sie am 04.09.2012 ein förmliches Kartellverfahren gegen das Unternehmen Gazprom eingeleitet hat. Darin will sie Vorwürfe untersuchen, ob das Unternehmen möglicherweise eine marktbeherrschende Stellung auf den vorgelagerten Gasversorgungsmärkten in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten missbraucht unter damit gegen Artikel 102 AEUV verstoßen hat.



<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/937&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

#### **HINWEISE DER KOMMISSION ZUR ANWENDUNG DES EU-KARTELLRECHTS IM KRAFTFAHRZEUGSEKTOR**

Die Kommission hat am 27.08.2012 Erläuterungen in Form von Antworten auf häufig gestellte Fragen („FAQ“- Frequently Asked Questions“) zur Anwendung des geltenden Wettbewerbsrechts im Kraftfahrzeugsektor veröffentlicht. Damit reagiert sie auf bestehende Unsicherheiten über die Auslegung der seit 2010 geltenden neuen Gruppenfreistellungsverordnung und der Ergänzenden Leitlinien für Vereinbarungen zwischen Fahrzeugherstellern und ihren zugelassenen Händlern, Werkstätten und Ersatzteihändlern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/915&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

#### **KONSULTATION ZUM RECHTSRAHMEN FÜR INVESTMENTFONDS, INSB. GELDMARKTFONDS**

Die Kommission hat am 26.07.2012 eine Konsultation zum künftigen Rechtsrahmen für Investmentfonds gestartet, die das im März vorgestellte Grünbuch zum Schattenbankwesen (EB 06/12) ergänzen soll. Schwerpunkte der Konsultation bilden Regulierungsoptionen für Geldmarktfonds, bestimmte Geschäftsarten der Investmentfondsbranche (Verleih- und Rückkaufsvereinbarungen: Repogeschäfte) und die Investitionen von Fonds in bestimmte außerbörslich gehandelte Derivate (OTC-Derivate). Stellungnahmen sind bis zum 18.10.2012 möglich.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/853&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

#### **STUDIE ZU VERWALTUNGSLASTEN BEI DER STRUKTURFONDS-VERWALTUNG – ABBAU IN DER KOMMENDEN FÖRDERPERIODE UM BIS ZU 20 % MÖGLICH**

Am 26.07.2012 hat die Kommission eine von ihr in Auftrag gegebene Studie über die „Messung der Auswirkungen der sich verändernden Regulierungsanforderungen auf die Verwaltungskosten und den Verwaltungsaufwand in der Verwaltung der EU-Strukturfonds (EFRE und Kohäsionsfonds)“ vorgestellt. Danach könnte der Verwaltungsaufwand in der kommenden Förderperiode



2014 bis 2020 um bis zu 20 % im Vergleich zur laufenden Förderperiode sinken, wenn die Vorschläge der Kommission für den neuen Rechtsrahmen umgesetzt würden.

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/newsroom/detail.cfm?LAN=DE&id=253&lang=de](http://ec.europa.eu/regional_policy/newsroom/detail.cfm?LAN=DE&id=253&lang=de)

### **START DES KOMMERZIELLEN DIENSTES FÜR INTERNETBASIERTEN EGNOS-DATENZUGRIFF**

Am 26.07.2012 hat die Kommission den Europäischen Dienst für den EGNOS-Datenzugriff (EDAS) als neuen, kommerziellen Dienst des satellitenbasierten Europäischen Geostationären Navigations-Ergänzungsdiensts (EGNOS) vorgestellt. Damit können die Daten nun über das Internet abgerufen werden. Sie sind damit unabhängig vom Empfang eines eigenen EGNOS-Signals. Der kommerzielle Service ermögliche neue Anwendungen mit hoher Präzision v. a. im Verkehrsbereich, der Landwirtschaft, im sozialen und Gesundheitssektor, der Logistik und in der Baubranche.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/856&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **UMWELT UND WIRTSCHAFT – KONSULTATION ZU INDIKATOREN FÜR RESSOURCENEFFIZIENZ**

Am 26.07.2012 hat die GD Umwelt der Kommission eine Konsultation zu dem Thema Ressourceneffizienz begonnen. Bis zum 22.10.2012 werden alle interessierten Kreise nach möglichen Indikatoren gefragt, mit denen man die Wirtschaftlichkeit im Umgang mit Ressourcen besser messen und überwachen kann. Nach der Konsultation will die Kommission einen Entwurf für ein sog. „Scoreboard“ zu den Indikatoren vorlegen. Dies ist ein weiterer Schritt, um die Ziele aus dem Fahrplan für ein ressourceneffizienteres Europa (EB 16/11 und 02/11) zu erreichen (s. dazu den Beitrag des StMUG in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/environment/consultations/resource\\_en.htm](http://ec.europa.eu/environment/consultations/resource_en.htm)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

### **FINANZAUSSTATTUNG FÜR DIE GAP NACH 2013 – VERHANDLUNGEN ZUM NÄCHSTEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN**

Bei einem informellen Treffen der EU-Europaminister am 30.08.2012 in



Nikosia/Zypern, stellte die zyprische Ratspräsidentschaft in einem Papier (sog. „issues paper“) fest, dass auf dem von der Kommission vorgeschlagenen Haushaltsniveau (Mitteilung vom 29.06.2011, s. EB 13/11 bzw. geänderter Vorschlag vom 06.07.2012, s. EB 14/12) keine Einigung über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020 (MFR) erreicht werden kann. Einige Mitgliedstaaten beharrten auf einer substanziellen Kürzung des Gesamthaushalts. Deshalb müssten alle Elemente innerhalb und außerhalb des MFR nach unten angepasst werden. Dies schließe Kürzungen bei den beiden Säulen der GAP mit ein. Die Verhandlungen zum nächsten MFR werden beim nächsten Rat für Allgemeine Angelegenheiten am 24.09.2012 fortgeführt. Am 22./23.11.2012 wird es einen Sondergipfel des Europäischen Rates zum MFR geben. Ziel ist, noch vor Jahresende eine Einigung zu erreichen (s. auch Beiträge des StMF und StMWIVT in diesem EB).

Entwurf einer Stellungnahme des EP-Agrarausschusses zum MFR unter:

<http://www.europarl.europa.eu/committees/de/agri/draft-opinions.html?linkedDocument=true&ufolderComCode=AGRI&ufolderLegId=7&ufolderId=09820&urefProcYear=&urefProcNum=&urefProcCode=#menuzone>

Issues Paper unter:

<http://www.cy2012.eu/index.php/en/file/t4OXQzwQKPz2nxXo9+AUZw>

### **EP-AGRARAUSSCHUSS PRÜFT ÄNDERUNGSANTRÄGE ZUR GAP NACH 2013**

Bei seiner Sitzung am 03.09.2012 befasste sich der EP-Agrarausschuss (AGRI) erstmals mit den Änderungsanträgen (ÄA) der Abgeordneten zu den Berichtsentwürfen für die GAP nach 2013. Die Berichtsentwürfe waren am 18./19.06.2012 im AGRI vorgestellt worden (EB 12/12). Die Frist zur Abgabe von ÄA für einzelne Abgeordnete war für alle vier Verordnungen bis zum 13.07.2013 verlängert worden. Bis zu diesem Zeitpunkt reichten die Abgeordneten insgesamt 7.413 ÄA zu den vier Legislativvorschlägen der Kommission ein. Darin enthalten sind auch die insgesamt 719 ÄA der Berichterstatter, die bereits in den Berichtsentwürfen stecken. Allein für die Verordnung über die Direktzahlungen wurden 2.292 (davon Berichterstatter 110) ÄA eingebracht, mehr als 500 davon zum Thema „Greening“. Die Abgeordneten des AGRI stehen nun vor der Aufgabe, ähnliche ÄA zusammenzufassen und Kompromiss-ÄA auszuhandeln über die dann abgestimmt werden kann. MdEP *Capoulas Santos* (S&D/PRT), Berichterstatter zu Direktzahlungen und ländlicher Ent-



wicklung, strebt eine Abstimmung im AGRI im November 2012 an.

Links zu Berichten und Änderungsanträgen

Direktzahlungen:

<http://www.europarl.europa.eu/committees/de/agri/draft-reports.html?linkedDocument=true&ufolderComCode=AGRI&ufolderLegId=7&ufolderId=07515&urefProcYear=&urefProcNum=&urefProcCode=#menuzone>

Gemeinsame Marktorganisation:

<http://www.europarl.europa.eu/committees/de/agri/draft-reports.html?linkedDocument=true&ufolderComCode=AGRI&ufolderLegId=7&ufolderId=07522&urefProcYear=&urefProcNum=&urefProcCode=#menuzone>

Ländliche Entwicklung:

<http://www.europarl.europa.eu/committees/de/agri/draft-reports.html?linkedDocument=true&ufolderComCode=AGRI&ufolderLegId=7&ufolderId=07529&urefProcYear=&urefProcNum=&urefProcCode=#menuzone>

Horizontale Verordnung:

<http://www.europarl.europa.eu/committees/de/agri/draft-reports.html?linkedDocument=true&ufolderComCode=AGRI&ufolderLegId=7&ufolderId=07536&urefProcYear=&urefProcNum=&urefProcCode=#menuzone>

### **KOMMISSION: ERNTESCHÄTZUNGEN 2012 FÜR EU-27**

Laut eines am 27.08.2012 veröffentlichten Berichtsentwurfs der Gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission (JRC) könnte die Dürre in Ost- und Südeuropa dazu führen, dass die Maisernte in der EU-27 im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 17 % fällt. Der Bericht analysiert die Ernteerwartungen aufgrund der Witterungsbedingungen für den Zeitraum 21.07. - 20.08.2012. Danach beschleunigten hohe Temperaturen und Trockenheit die Ernte von Wintergetreiden in Süd- und Südosteuropa. Mangelnde Wasserversorgung führte zu irreversiblen Schäden bei Sommergetreiden. Die Maiserträge in ROU, BGR und HUN seien stark dezimiert.

JRC-Studie unter:

<http://mars.jrc.ec.europa.eu/mars/Bulletins-Publications/Mars-Bulletin-Vol.-20-No.-08-Crop-Monitoring-in-Europe-27-August-2012>



GD AGRI Zahlen unter:

[http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/89\\_en.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/89_en.htm)

### **GEMEINSAME PLATTFORM FORDERT BEIBEHALTUNG VON WEINPFLANZRECHTEN MIT FLEXIBLER GESTALTUNG**

Eine Gemeinsame Plattform, die sich mit der Fortsetzung der Pflanzrechte-  
regelung im Weinbau beschäftigt und an der sich bisher DEU, ESP, FRA und  
ITA beteiligen, fordert, den Rechtsrahmen der Pflanzrechte-  
regelung über 2015 hinaus beizubehalten und flexibler zu gestalten. Es wird vorgeschlagen, einen  
auf EU-Ebene definierten, begrenzten Anstieg des Produktionspotenzials für  
jeden Mitgliedstaat zuzulassen. Außerdem sollen Verwaltungsregeln eingeführt  
werden, die Neupflanzungen zulassen, um auf Marktchancen reagieren zu  
können.

### **ZEHN MITGLIEDSTAATEN DÜRFEN DIREKTZAHLUNGEN FRÜHZEITIG AUSZAHLN**

Der Verwaltungsausschuss für Direktzahlungen billigte am 25.07.2012 die  
Vorschläge der Kommission, zehn Mitgliedstaaten eine frühere Auszahlung der  
Direktzahlungen zu erlauben. Damit können in den Mitgliedstaaten PRT, ESP,  
ITA, GRE, LTU, HUN, FRA, LVA, ROU und IRL 50 % der Direktzahlungen ab  
dem 16.10.2012 (statt ab 01.12.2012) an Landwirte ausgezahlt werden, die  
aufgrund ungünstiger Witterungsbedingungen bzw. der anhaltenden Finanz-  
krise unter Liquiditätsproblemen leiden. Die Prüfung und Kontrolle ist von den  
Mitgliedstaaten durchzuführen. Beim selben Verwaltungsausschuss wurde  
beschlossen, dass in den vom Erdbeben betroffenen Regionen Norditaliens  
(113 Kommunen der Regionen Emilia-Romagna, Lombardei, Venetien) 50 %  
der Direktzahlungen bereits ab 01.08.2012 ausgezahlt werden dürfen.

### **KOMMISSION UNTERSUCHT DUMPING BEI BIODIESELIMPORTEN AUS ARGENTINIEN UND INDONESIA**

Am 29.08.2012 leitete die Kommission eine Untersuchung der Biodiesel-  
importe aus Argentinien und Indonesien ein, nachdem die Europäische Biodie-  
selvereinigung (EBB) Dumpingpraktiken dieser Länder beanstandet hatte.

Ankündigung der Kommission unter:

[http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2012:260:0008:  
0016:EN:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2012:260:0008:0016:EN:PDF)



Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

**ARBEITSZEIT-RICHTLINIE: ZEITRAUM FÜR VERHANDLUNGEN DER EUROPÄISCHEN SOZIALPARTNER ZUR ÜBERARBEITUNG BIS 31.12.2012 VERLÄNGERT**

Die Kommission hat dem gemeinsamen Vorschlag der europäischen Sozialpartner zugestimmt, den Zeitraum für die Verhandlungen zur Überarbeitung der Arbeitszeit-Richtlinie bis 31.12.2012 zu verlängern. Dies teilte die Brüsseler Behörde am 16.08.2012 mit. Die Sozialpartner hatten Anfang Dezember 2011 (EB 20/11) die Verhandlungen zur Revision der Richtlinie über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung (2003/88/EG) aufgenommen. Nach dem Vertrag stehen ihnen neun Monate zur Verfügung. Dieser Zeitraum kann verlängert werden, wenn Kommission, Arbeitgeber und Arbeitnehmer dies gemeinsam beschließen.

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/10836\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10836_de.htm)

**EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS: STELLUNGNAHMEN ZUR ZUKUNFT DER RENTENSYSTEME UND JUGENDBESCHÄFTIGUNG**

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat am 12.07.2012 Stellungnahmen zur Zukunft der Rentensysteme und zur Jugendbeschäftigung verabschiedet. In seiner Stellungnahme zum Weißbuch der Kommission „Eine Agenda für angemessene, sichere und nachhaltige Renten“ begrüßt der Ausschuss den Ansatz einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit und sieht Handlungsbedarf, um die Hindernisse für diejenigen aus dem Weg zu räumen, die über das gesetzliche Ruhestandsalter hinaus im aktiven Berufsleben bleiben möchten. In der Stellungnahme zur Initiative „Chancen für junge Menschen“ werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, die sog. Jugendgarantie umzusetzen. Damit soll gewährleistet werden, dass alle Jugendlichen innerhalb von vier Monaten nach Verlassen der Schule eine Arbeitsstelle oder einen Ausbildungsplatz erhalten.

<http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.press-releases.24073>





### **EUROBAROMETER: KOMMISSION VERÖFFENTLICHT UMFRAGE BZGL. UNTERSTÜTZUNG FÜR EUROPA 2020-STRATEGIE**

Mit Bezug auf Ergebnisse einer Eurobarometer-Umfrage, die die Kommission am 27.07.2012 veröffentlichte, teilte diese mit, dass die Initiativen der EU für Wachstum, Beschäftigung und Stabilität bei den Europäern auf breite Unterstützung stießen. Die wichtigsten Prioritäten bei der Umsetzung der Europa 2020-Strategie seien aus Sicht der Befragten die Modernisierung der Arbeitsmärkte, um Arbeitsplätze zu schaffen, und die Unterstützung von Armen und sozial Ausgegrenzten. Neben den nationalen Regierungen sehen die Bürger, so die Kommission, die EU weiterhin als wirksamsten Motor, um die Folgen der Wirtschaftskrise zu bekämpfen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/857&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **EUROSTAT: ARBEITSLOSENQUOTE LAG IM EURORAUM IM JUNI 2012 BEI 11,2 PROZENT**

Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote lag im Juni 2012 nach Angaben der EU-Statistikbehörde Eurostat im Euroraum bei 11,2 % und damit stabil gegenüber Mai 2012. Im Vorjahreszeitraum hatte sie 10,0 % betragen. Für die EU27 wurde die Arbeitslosenquote im Juni 2012 bei 10,4 % beziffert (Juni 2011: 9,5 %). Nach Schätzungen von Eurostat waren im Juni 2012 insgesamt in der EU rund 25,1 Millionen Männer und Frauen arbeitslos. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum nahm die Zahl der Arbeitslosen in der EU um rund 2,17 Millionen und im Euroraum um etwa 2,02 Millionen zu. Die niedrigsten Arbeitslosenquoten verzeichneten Österreich (4,5 %), die Niederlande (5,1 %) sowie Deutschland und Luxemburg (jeweils 5,4 %).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/12/113&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **PERSISTENTE ORGANISCHE SCHADSTOFFE – KONSULTATION ZUR AKTUALISIERUNG DES EU-PLANS ZUR DURCHFÜHRUNG DES STOCKHOLMER ÜBEREINKOMMENS**

Vom 02.08. bis zum 25.10.2012 sammelt die Generaldirektion Umwelt der Kommission im Rahmen einer Konsultation Meinungen und Vorschläge aller interessierten Kreise für die Überarbeitung des Umsetzungsplans zum Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe (POP)



(s. hierzu auch den Bericht des StMUG in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/environment/consultations/pops\\_en.htm](http://ec.europa.eu/environment/consultations/pops_en.htm)

## **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT VORSCHLAG FÜR EINE RATSEMPFEHLUNG ZUR VALIDIERUNG DES NICHTFORMALEN UND INFORMELLEN LERNENS**

Am 05.09.2012 hat die Kommission ihren bereits mehrfach angekündigten und verschobenen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Validierung der Ergebnisse nichtformalen und informellen Lernens veröffentlicht, der als Beitrag zur Wachstumsstrategie „Europa 2020“ firmiert. Ziel der Initiative ist es, in den Mitgliedstaaten die Anerkennung von außerhalb formaler Bildungseinrichtungen erworbenen Kenntnissen, Fähigkeiten und Kompetenzen durch die Einführung nationaler Systeme der Validierung von nichtformalen und informellen Lernergebnissen bis zum Jahr 2015 zu fördern (s. hierzu auch den Bericht des StMUG in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/936&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

### **MDEP PACK LEGT BERICHTSENTWURF ZU „ERASMUS FÜR ALLE“ VOR**

Kurz vor der Sommerpause hat MdEP *Doris Pack* (EVP/DEU) ihren Berichtsentwurf zum Vorschlag der Kommission über das künftige Bildungs-, Jugend- und Sportprogramm „Erasmus für alle“ (EB 20/11) vorgelegt. Wie in den Diskussionen des EP-Ausschusses für Bildung und Kultur (CULT) im Mai und Juli 2012 angekündigt (EB 11/12 und 14/12), schlägt die Berichterstatterin in enger Anlehnung an den im Mai 2012 von den EU-Bildungsministern verabschiedeten Kompromisstext (EB 10/12) u. a. die Einführung eines eigenen Jugendkapitels, den Verzicht auf die Festlegung auf nur eine Nationale Agentur und eine nationale Behörde sowie die Möglichkeit eines fachbereichsbezogenen Zusammentretens des künftigen Programmausschusses vor. Neben einem eigenen Fixbudget für den Jugendbereich sollen verbindliche Mindestbudgets für die Bildungssektoren in einer Gesamthöhe von 90 % eingeführt werden, wobei im Vergleich zur aktuellen Programmgeneration insbesondere der schulische Bereich eine recht deutliche Mittelausweitung erfahren soll. Abweichend



vom Kompromisstext des Rates, sieht der Entwurf zudem die Fortführung des Namens „Programm für lebenslanges Lernen“ für das Gesamtprogramm sowie der etablierten Markennamen für die umfassten Bereiche und Sektoren vor. Der Berichtsentwurf wird in der CULT-Sitzung am 19.09.2012 erstmals beraten.

Der Entwurf des Berichts (derzeit nur in englischer Sprache verfügbar) ist über folgende Website abrufbar:

<http://www.europarl.europa.eu/committees/de/cult/draft-reports.html#menuzone>

### **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT VORSCHLAG FÜR EINE RATSEMPFEHLUNG ZUR VALIDIERUNG DES NICHTFORMALEN UND INFORMELLEN LERNENS**

Am 05.09.2012 hat die Kommission ihren bereits mehrfach angekündigten und verschobenen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Validierung der Ergebnisse nichtformalen und informellen Lernens veröffentlicht, der als Beitrag zur Wachstumsstrategie „Europa 2020“ firmiert. Ziel der Initiative ist es, in den Mitgliedstaaten die Anerkennung von außerhalb formaler Bildungseinrichtungen erworbenen Kenntnissen, Fähigkeiten und Kompetenzen durch die Einführung nationaler Systeme der Validierung von nichtformalen und informellen Lernergebnissen bis zum Jahr 2015 zu fördern. Dies soll die Arbeitsmarktchancen, insbesondere von arbeitslosen Jugendlichen und von Menschen mit geringerwertigen formalen Qualifikationen, erhöhen. Zudem soll damit die Durchlässigkeit von Bildungssystemen in einer Perspektive des lebenslangen Lernens verbessert werden, insbesondere auch mit Blick auf den Hochschulzugang. Der Kommissionsvorschlag soll bereits am 22./23.11.2012 von den EU-Bildungsministern verabschiedet werden.

Vorschlag der Kommission:

[http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/informal/proposal2012\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/informal/proposal2012_de.pdf)

Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/936&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>



## **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT AUFFORDERUNG ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN FÜR DAS PROGRAMM FÜR LEBENSLANGES LERNEN 2012**

Die Kommission hat im Amtsblatt der EU eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für das Programm für lebenslanges Lernen (LLP) 2013 veröffentlicht. Das für diese Aufforderung vorgesehene Gesamtbudget beträgt rund 1.276 Mio. €. Neben Antragstellern mit Sitz in den 27 Mitgliedstaaten der EU, den EFTA/EWR-Ländern (Island, Liechtenstein, Norwegen), der Schweiz und den Kandidatenländern Kroatien und Türkei können sich – teilweise vorbehaltlich der Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen der Kommission und den jeweils zuständigen Behörden dieser Länder – auch Antragsteller aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien um eine Förderung bewerben. Die Teilnahme dieser Länder ist – mit Ausnahme von Mazedonien – auf sogenannte zentrale Aktionen beschränkt, die Großprojekte umfassen und zentral von der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Medien in Brüssel verwaltet werden.

Weitere Informationen, insbesondere die Antragsfristen, finden sich im Internet unter:

[http://ec.europa.eu/education/llp/official-documents-on-the-llp\\_de.htm](http://ec.europa.eu/education/llp/official-documents-on-the-llp_de.htm)

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=>

[OJ:C:2012:232:0006:0008:DE:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2012:232:0006:0008:DE:PDF)

## **ANMELDUNG ZUM ÜBERSETZUNGSWETTBEWERB „JUVENES TRANSLATORES“**

Bis zum 20.10.2012 können sich weiterführende Schulen in ganz Europa für die Teilnahme am Übersetzungswettbewerb „Jvenes Translatores“ 2012 bewerben. Teilnahmeberechtigt sind alle Schüler und Schülerinnen, die im Jahr 1995 geboren wurden. Ausgetragen wird der 2012 zum sechsten Mal stattfindende Sprachwettbewerb, der das Interesse von Schülern am Sprachenlernen wecken, die Mehrsprachigkeit fördern und für den Übersetzerberuf werben soll, am 27.11.2012. An diesem Tag übersetzen Schüler in ganz Europa zeitgleich denselben Text, wobei die Schüler hinsichtlich Ausgangs- und Zielsprache frei zwischen allen 23 Amtssprachen der EU wählen können. Übersetzer der Kommission bewerten die angefertigten Arbeiten und wählen aus jedem Mitgliedstaat die gelungenste Übersetzung aus. Die Gewinner werden zur Preis-



verleihung eingeladen, die im März 2013 in Brüssel stattfinden wird.

Weitere Informationen, Teilnahmebedingungen und Vorbereitungshinweise sind unter folgender Adresse zu finden:

[http://ec.europa.eu/translatores/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/translatores/index_de.htm)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

### **MDEP PACK LEGT BERICHTSENTWURF ZU „ERASMUS FÜR ALLE“ VOR**

Kurz vor der Sommerpause hat MdEP *Doris Pack* (EVP/DEU) ihren Berichtsentwurf zum Vorschlag der Kommission über das künftige Bildungs-, Jugend- und Sportprogramm „Erasmus für alle“ (EB 20/11) vorgelegt. Wie in den Diskussionen des EP-Ausschusses für Bildung und Kultur (CULT) im Mai und Juli 2012 angekündigt (EB 11/12 und 14/12), schlägt die Berichterstatterin in enger Anlehnung an den im Mai 2012 von den EU-Bildungsministern verabschiedeten Kompromisstext (EB 10/12) u. a. die Einführung eines eigenen Jugendkapitels, den Verzicht auf die Festlegung auf nur eine Nationale Agentur und eine nationale Behörde sowie die Möglichkeit eines fachbereichsbezogenen Zusammentretens des künftigen Programmausschusses vor. Neben einem eigenen Fixbudget für den Jugendbereich sollen verbindliche Mindestbudgets für die Bildungssektoren in einer Gesamthöhe von 90 % eingeführt werden. Die vorgeschlagene Mittelaufteilung auf die einzelnen Bildungssektoren (42 % für Hochschulen, 21 % für berufliche Bildung, 21 % für schulische Bildung, 6 % für Erwachsenenbildung) bedeutet im Vergleich zur aktuellen Programmgeneration für alle Sektoren mit Ausnahme der Berufsbildung eine prozentuale Steigerung. Abweichend vom Kompromisstext des Rates sieht der Entwurf zudem die Fortführung des Namens „Programm für lebenslanges Lernen“ für das Gesamtprogramm sowie der etablierten Markennamen für die umfassten Bereiche und Sektoren vor. Der Berichtsentwurf wird in der CULT-Sitzung am 19.09.2012 erstmals beraten (s. hierzu Beitrag des StMUK in diesem EB).

Der Entwurf des Berichts (derzeit nur in englischer Sprache verfügbar) ist über folgende Website abrufbar:

<http://www.europarl.europa.eu/committees/de/cult/draft-reports.html#menuzone>



## **BAYERISCHE FORSCHER ERFOLGREICH BEI ERC-ANWENDUNGSFÖRDERUNG**

Damit ihre Forschungsergebnisse so schnell wie möglich den Weg auf den Markt finden, haben 33 vom Europäischen Forschungsrat (ERC) geförderte Spitzenwissenschaftler am 05.09.2012 zusätzliche Fördergelder in Höhe von jeweils bis zu 150.000 € zuerkannt bekommen. Fünf der Förderempfänger kommen aus Deutschland, zwei davon von bayerischen Hochschulen: *Prof. Dr. Martin Lohse* von der Julius-Maximilians-Universität in Würzburg und *Prof. Dr. Vasilis Ntziachristos* von der Technischen Universität München.

[http://erc.europa.eu/sites/default/files/press\\_release/files/erc\\_pr\\_2012\\_proof\\_of\\_concept\\_results.pdf](http://erc.europa.eu/sites/default/files/press_release/files/erc_pr_2012_proof_of_concept_results.pdf)

## **STUDIE ZUR ARBEIT DES ERC**

Der Europäische Forschungsrat (ERC) hat die Effektivität seiner Arbeit wissenschaftlich untersuchen lassen. Ein von der University of Manchester geleitetes Wissenschaftlerteam hat im Rahmen des von Februar 2009 bis April 2012 laufenden Forschungsprojekts EURECIA die Studie „Understanding and Assessing the Impact and Outcomes of the ERC and its Funding Schemes“ erarbeitet. Damit wurden ein konzeptioneller Rahmen und Methoden entwickelt, die zu einer besseren Bemessung und Beurteilung der Effekte und Ergebnisse des ERC und seiner Förderprogramme auf die Wissenschaft beitragen.

[http://erc.europa.eu/sites/default/files/document/file/eurecia\\_final\\_synthesis\\_report.pdf](http://erc.europa.eu/sites/default/files/document/file/eurecia_final_synthesis_report.pdf)

## **ITRE-AUSSCHUSS: PRÄSENTATION EINER STUDIE ZUR ATTRAKTIVITÄT DER EU FÜR FORSCHER**

Das unabhängige Consultingunternehmen Logotech Innovation & Development hat am 03.09.2012 in der Sitzung des EP-Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) seine Studie „The attractiveness of the EU for top scientists“ vorgestellt. Im Mittelpunkt der Studie stehen zwei Kernfragen: Wie attraktiv ist die EU für internationale Spitzenwissenschaftler und wie können die EU und ihre Mitgliedstaaten die Attraktivität erhöhen? Aus der Studie geht hervor, dass die EU trotz starker Forschungsbasis insgesamt kein besonders anziehender Forschungsraum für die Wissenschaftselite ist. Viele europäische Spitzenkräfte sind in den letzten Jahrzehnten in die USA emigriert, zu-



sätzlich in den letzten Jahren vermehrt in die aufstrebenden Wirtschaftsnationen China und Indien. Als wesentliche Gründe hierfür identifiziert der Bericht fehlende Flexibilität, geringe Anreize, schlechtere Karrierechancen, vergleichsweise geringe Vergütung und den Mangel an akademischen Positionen in Europa.

<http://www.europarl.europa.eu/committees/fr/studiesdownload.html?languageDocument=EN&file=74891>

### **PRÄSIDENTSCHAFTSKONFERENZ ZUR KULTURPOLITIK**

Die zyprische EU-Ratspräsidentschaft organisierte am 28./29.08.2012 in Nikosia eine Konferenz zu Aufgaben und Methoden der Kulturpolitik. Unter dem Titel „Cultural governance in a globalising world: better governance for the cultural and creative sector“ tauschten sich die Teilnehmer aus den Kulturministerien der Mitgliedstaaten zunächst über die jeweiligen nationalen Kulturpolitiken aus und diskutierten anschließend die Bedeutung des Kulturbereiches und dessen Einfluss auf andere Politikfelder. Bei der Konferenz wurde herausgestellt, dass sich eine verantwortungsvolle und effektive Kulturpolitik positiv auf die Wirtschaftsentwicklung und den Lebensstandard der Bevölkerung eines Landes auswirkt.

<http://www.cy2012.eu/index.php/en/news-categories/areas/education-youth-culture-sport/press-release-evidence-based-cultural-policies-can-contribute-to-economic-and-social-development>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

### **ZWEI BAYERISCHE UMWELTPROJEKTE IM RAHMEN DES PROGRAMMS LIFE+**

Am 20.07.2012 hat die Kommission der Förderung von 202 neuen Umweltprojekten im Rahmen des LIFE+ Programms zugestimmt. Von den bis Juli 2011 eingereichten 1078 Anträgen wurden 202 Vorschläge für eine Kofinanzierung über die drei Komponenten des Programms LIFE+ „Natur und biologische Vielfalt“, „Umweltpolitik und Verwaltungspraxis“ sowie „Information und Kommunikation“ ausgewählt. Für Bayern besonders erfreulich ist die Förderung der Projekte „Main Muschelkalk“ und „Große Hufeisennase Bayern“.

<http://ec.europa.eu/environment/life/index.htm>



## **DEUTSCHLAND BEWIRBT SICH UM DEN SITZ DES GRÜNEN KLIMAFONDS**

Am 25.08.2012 tagte zum ersten Mal das Komitee des Grünen Klimafonds, der auf der Klimakonferenz der Vereinten Nationen 2011 in Durban (Südafrika) ins Leben gerufen wurde und mit 100 Mrd. \$ ausgestattet Entwicklungsländer beim Umweltschutz und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel unterstützen soll. Neben Mexiko, Namibia, der Republik Korea und der Schweiz bewerben sich auch die beiden EU-Mitgliedstaaten Deutschland und Polen um den Sitz des Grünen Klimafonds.

<http://www.greenclimatefund.de/1/>

## **KONSULTATIONEN ZUM EU-BEIHILFENRECHT: DE-MINIMIS-VERORDNUNG, UMWELTLEITLINIEN**

Die Kommission hat weitere Konsultationen im Rahmen der Reform des Beihilfenrechts eingeleitet: Bis 18.10.2012 können sich Behörden und Private zu den Erfahrungen im Umgang mit der bisherigen De-Minimis-Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 äußern, wobei es zentral um die Frage geht, ob der bisherige De-Minimis-Schwellenwert von 200.000 € angehoben werden soll. Wenige Tage später begann eine bis zum 23.10.2012 laufende Konsultation zur Überarbeitung des Beihilferahmens für Umweltschutzbeihilfen. Die entsprechenden Internetseiten der Konsultationen sind in beiden Fällen auch auf Deutsch verfügbar (s. hierzu auch den Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Internetseite zur Konsultation De-Minimis-Beihilfen:

[http://ec.europa.eu/competition/consultations/2012\\_de\\_minimis/index\\_de.html](http://ec.europa.eu/competition/consultations/2012_de_minimis/index_de.html)

Internetseite zur Konsultation Umweltbeihilfeleitlinien:

[http://ec.europa.eu/competition/consultations/2012\\_state\\_aid\\_environment/index\\_de.html](http://ec.europa.eu/competition/consultations/2012_state_aid_environment/index_de.html)

## **UMWELT UND WIRTSCHAFT – KONSULTATION ZU INDIKATOREN FÜR RESSOURCENEFFIZIENZ**

Am 26.07.2012 hat die Generaldirektion Umwelt der Kommission eine Konsultation zu dem Thema Ressourceneffizienz begonnen. Bis zum 22.10.2012 werden alle interessierten Kreise nach möglichen Indikatoren gefragt, mit denen man die Wirtschaftlichkeit im Umgang mit Ressourcen besser messen und überwachen kann. Nach der Konsultation will die Kommission einen Entwurf für ein sogenanntes „Scoreboard“ zu den Indikatoren vorlegen. Dies ist ein





weiterer Schritt um die Ziele aus dem Fahrplan für ein ressourceneffizienteres Europa (EB 16/11 und 02/11) zu erreichen.

[http://ec.europa.eu/environment/consultations/resource\\_en.htm](http://ec.europa.eu/environment/consultations/resource_en.htm)

### **KOMMISSION WILL ZEITPLAN DER VERSTEIGERUNG VON EMISSIONS-ZERTIFIKATEN ÄNDERN UND STARTET HIERZU EINE KONSULTATION**

Die Kommission hat am 25.07.12 einen Vorschlag zur Änderung der RL 2003/87/EG über das Handelssystem für Treibhausgasemissionszertifikate (ETS) vorgelegt. Sie möchte damit die Befugnis erhalten, den zeitlichen Ablauf der Versteigerungen von Emissionszertifikaten in der dritten ETS-Handelsperiode 2013 - 2020 in außergewöhnlichen Umständen anzupassen. Die Änderungen betreffen hauptsächlich die Auktionierungs-verordnung (EU) Nr. 1031/2010, wofür bis zum 03.10.2012 eine öffentliche Konsultation läuft (s. hierzu auch den Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Änderungsvorschläge:

[http://ec.europa.eu/clima/policies/ets/auctioning/third/documentation\\_en.htm](http://ec.europa.eu/clima/policies/ets/auctioning/third/documentation_en.htm)

Konsultation:

[http://ec.europa.eu/clima/consultations/0016/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/clima/consultations/0016/index_en.htm)

### **PERSISTENTE ORGANISCHE SCHADSTOFFE – KONSULTATION ZUR AKTUALISIERUNG DES EU-PLANS ZUR DURCHFÜHRUNG DES STOCKHOLMER ÜBEREINKOMMENS**

Vom 02.08. bis zum 25.10.2012 sammelt die Generaldirektion Umwelt im Rahmen einer Konsultation Meinungen und Vorschläge aller interessierten Kreise für die Überarbeitung des Umsetzungsplans zum Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe (POP).

[http://ec.europa.eu/environment/consultations/pops\\_en.htm](http://ec.europa.eu/environment/consultations/pops_en.htm)

### **ECDC-BERICHT FORDERT VERSTÄRKTE HPV-IMPFUNGEN FÜR JUNGE MÄDCHEN**

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) hat am 05.09.2012 einen aktualisierten Bericht bzw. eine Empfehlung zur Impfung von jungen Mädchen gegen das Humane Papillomavirus (HPV) veröffentlicht. Dabei werden die nationalen Gesundheitsstellen u. a. aufgefordert, verstärkt die Programme zur HPV-Impfung von Mädchen im Alter zwischen 10 und 14 Jahren voranzutreiben. Bestimmte HPV-Typen können



bösartige Veränderungen hervorrufen, insbesondere Gebärmutterhalskrebs (Zervixkarzinom) bei Frauen.

[http://ecdc.europa.eu/en/publications/Publications/20120905\\_GUI\\_HPV\\_vaccine\\_update.pdf](http://ecdc.europa.eu/en/publications/Publications/20120905_GUI_HPV_vaccine_update.pdf)

### **JAHRESBERICHT ZUM EU-SCHNELLWARNSYSTEM FÜR LEBENS- UND FUTTERMITTEL – RASFF**

Am 20.07.2012 hat die Kommission den Jahresbericht zum EU-Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel (RASFF - Rapid Alert System for Food and Feed) veröffentlicht. Demnach erwies sich RASFF als effektives Benachrichtigungssystem und als wichtiger Baustein zur Wahrung der Lebensmittelsicherheit in der EU. Im Jahr 2011 wurden über RASFF insgesamt 9157 Verstöße gegen das EU-Lebensmittelrecht gemeldet, wobei es in 617 Fällen um schwerwiegende Risiken ging.

[http://ec.europa.eu/food/food/rapidalert/docs/rasff\\_annual\\_report\\_2011\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/food/food/rapidalert/docs/rasff_annual_report_2011_en.pdf)

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

### **KOMMISSION LEGT MITTEILUNG ZUR KÜNFTIGEN FREQUENZNUTZUNG VOR**

Die Kommission hat am 03.09.2012 eine Mitteilung veröffentlicht, in der sie ihre Pläne zur künftigen Frequenznutzung vorstellt (EB 04/12). Ziel ist ein einheitliches Regulierungskonzept für eine gemeinsame Funkfrequenznutzung bei der drahtlosen Datenübertragung, um den stetig wachsenden Mobilfunkdatenverkehr sowie frequenzabhängige, funktechnische Innovationen wie drahtlose Sensoren und Fernbedienungen zur Steuerung z. B. von Klimaanlage auch künftig bewältigen zu können.

Die Mitteilung der Kommission ist abrufbar unter:

[http://ec.europa.eu/information\\_society/policy/ecomm/radio\\_spectrum/document\\_storage/com/com-ssa.pdf](http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecomm/radio_spectrum/document_storage/com/com-ssa.pdf)

### **KOMMISSION ERÖFFNET KONSULTATION ZUR NETZNEUTRALITÄT**

Die Kommission eröffnete eine Konsultation zum Thema offenes Internet und Netzneutralität in Europa. Bis zum 15.10.2012 haben Internetprovider, Inhalte- und Diensteanbieter, Gerätehersteller, Investoren, Behörden, Verbraucher und Verbände Gelegenheit, Vorschläge für ein offenes und neutrales Internet zu



unterbreiten. Dabei soll es insbesondere um Transparenz, Anbieterwechsel, Netzwerkmanagement und Qualität gehen. Auf Grundlage der Ergebnisse plant die Kommission im kommenden Jahr die Veröffentlichung entsprechender Leitlinien mit dem Ziel, die Internetnutzer vor Blockaden von Angeboten und Verlangsamungen ihres Zugangs zu schützen (EB 22/11).

Die Konsultation ist abrufbar unter:

[http://ec.europa.eu/information\\_society/digital-agenda/actions/oit-consultation/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/information_society/digital-agenda/actions/oit-consultation/index_en.htm)

### **KONSULTATION ZUM EU-BEIHILFENRECHT: DE-MINIMIS-VERORDNUNG**

Die Kommission hat im Rahmen der Reform des Beihilfenrechts eine Konsultation eingeleitet, bei der bis 18.10.2012 Behörden und Private sich zu den Erfahrungen im Umgang mit der bisherigen De-Minimis-Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 äußern können. Im Kern geht es dabei um die Frage der Aufhebung des bisherigen De-Minimis-Schwellenwertes von 200.000 € (s. Beitrag des StMWIVT in diesem EB). Dies würde auch Auswirkungen auf die derzeitige Überarbeitung der Ende des Jahres auslaufenden Filmmitteilung haben (EB 06/12).

Internetseite zur Konsultation De-Minimis-Beihilfen:

[http://ec.europa.eu/competition/consultations/2012\\_de\\_minimis/index\\_de.html](http://ec.europa.eu/competition/consultations/2012_de_minimis/index_de.html)